



Gruß aus Griechenland: „Solidarität ist die Waffe des kämpfenden Volkes“

2011/12 streikten die griechischen Stahlarbeiter von Asprogiros neun Monate gegen Entlassungen. „Solidarität International“ führte eine Unterstützungskampagne in Deutschland durch. Auch viele MLPD-Mitglieder waren aktiv. Aus Griechenland schreiben die Kollegen:



Panagiotis Katsaros

„Die Arbeiterklasse muss sich zusammenschließen und kämpfen gegen die Monopole in Europa und Ban-

kiers. Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Deutschland haben uns in unserem Kampf und neunmonatigen Streik für Arbeit und Arbeitsrechte unterstützt. Wir möchten euch danken und euch sagen, dass die Solidarität die Waffe des kämpfenden Volkes ist.“

Am 9. April wurde ein schier unglaubliches Skandalurteil gefällt: **23 dieser Arbeiter wurden zu bis zu 23 Monaten Gefängnis** verurteilt!



Sofia Roditi

Rebellion gegen die EU ist gerechtfertigt, ihr Krisenmanagement ist gescheitert

Die Ende 2008 ausgebrochene, bislang tiefste Weltwirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus hat Europa besonders heftig gebeutelt. 2010 brach die bis heute ungelöste Euro-Krise aus.

Mit Unsummen „retteten“ die Brüsseler Krisenmanager das System – zu Lasten der ärmsten Länder der EU und der Massen in allen Ländern Europas.

Allein von den als „Griechenlandhilfe“ bezeichneten 207 Milliarden Euro



Wer – wie in Griechenland – berechtigt Widerstand gegen die EU leistet, bekam häufig den Staatsapparat zu spüren

kam so gut wie nichts dort an. 195 Milliarden Euro gingen direkt an die führenden Banken Europas, an Rüstungs- und Baukonzerne. Die Massen bluten mit Lohn- und Rentenkürzungen, mit der Zerschlagung des Gesundheits- und Bildungswesens.

Wie die Zentralbanken der USA und Japans flutete die europäische Zentralbank die Wirtschaft mit Billionen Euro, Dollar und Yen. Dieses international koordinierte Krisenmanage-

ment verhinderte einen noch tieferen Kriseneinbruch. Profitieren konnten davon internationale Banken und Übermonopole und die stärksten Mächte – die USA und auch Deutschland. Andere Länder fielen im wieder aufflammenden Konkurrenzkampf zurück.

Insgesamt hatten die EU-Länder Ende 2013 mit 11,3 Billionen Euro fast doppelt so hohe Schulden wie zu Krisenbeginn. Das ist die Risiko-Bilanz der europäischen Krisenmanager.

EU – ein imperialistisches Bündnis

2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Was für ein Hohn! Statt Frieden und Völkerverständigung haben EU und NATO 1999 den Balkankrieg



angezettelt und sich diese Länder Schritt für Schritt einverleibt. Allein deutsche Truppen befinden sich derzeit in 15 Ländern der Welt.

Tatsächlich haben sich die inzwischen 28 EU-Staaten zu einem imperialistischen Zweckbündnis verbunden. Jeder einzelne der europäischen Imperialisten wäre heute für den Kampf um Einflussgebiete gegenüber den USA, China und Russland zu schwach. Die führenden imperialistischen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien geben den Ton an.

Kleinere EU-Länder müssen sich unterordnen.

Der EU-Markt muss wachsen, um bestehen zu können – so die Logik des imperialisti-

schen Konkurrenzkampfes. Das ist auch der Hintergrund für die aggressive Einmischung der EU in der Ukraine. Die akute Kriegsgefahr in der Region geht von der EU und den USA genauso aus wie von Russland.

Im Interesse des Weltfriedens sind MLPD und ihr Jugendverband REBELL aktiv:

- **Sofortiges Ende aller Auslandseinsätze von EU-Truppen!**
- **Auflösung der EU-Militärstrukturen!**
- **Keine Waffenexporte an reaktionäre Regime!**

Ein starkes Team – die MLPD/ Offene Liste zur Europawahl

1. **Peter Weispfenning** (siehe Seite 1)
2. **Lisa Gärtner** (siehe Seite 1)
3. **Stefan Engel** (siehe Seite 3)
4. **Mehmet Ali Meral**, 26 Jahre, Konstanz, Aktivist der ATIF, Student
5. **Monika Gärtner-Engel**, 61 Jahre, Gelsenkirchen, Stellv. Vorsitzende der MLPD, Stadtverordnete, Diplompädagogin
6. **Münür Köroglu**, 34 Jahre, Nürnberg, Aktivist der AGIF, Dreher
7. **Fred Schirmacher** (siehe Seite 8)
8. **Seyran Cenan** (siehe Seite 6)
9. **Dirk Willing**, 42 Jahre, Essen, Migrantenpolitischer Sprecher der MLPD, kaufmännischer Angestellter
10. **Angelica Urrutia Garrido**, 54 Jahre, Hattingen, stellvertretende Europakoordinatorin für die Weltfrauenkonferenz, Sozialpädagogin
11. **Tassilo Timm** (siehe Seite 2)
12. **Dr. Günther Bittel**, 60 Jahre, Duisburg, Umweltpolitische Sprecher der MLPD, Arzt
13. **Gabriele Conrad**, 53 Jahre, Esslingen, Elektrosicherheitsfachkraft
14. **Frank Binder** (siehe Seite 3)
15. **Andrew Schlüter**, 46 Jahre, Berlin, Landesvorsitzender der MLPD Nord-Ost, Kunststoff-formgeber
16. **Julia Scheller**, 31 Jahre, Stuttgart, Verbandsleitung des REBELL, Krankenschwester
17. **Michel Barimis**, 26 Jahre, Nürnberg, Koch
18. **Joachim Griesbaum**, 59 Jahre, Hamburg, Vorsitzender MLPD Nord-West, Stellv. Hauptkoordinator ICOR Europa, Schlosser

Rebellion gegen die EU ist gerechtfertigt – Arbeiteroffensive gegen Abwälzung der Krisenlasten!

Die MLPD ist eine echte revolutionäre Arbeiterpartei. Ihr Vorsitzender ist gelernter Schlosser, die Mehrheit der Parteiführung gehört der Arbeiterklasse an. 71 Prozent ihrer Mitglieder sind Arbeiter oder kleine Angestellte. Das ist heute in Europa einmalig!

Wichtige Arbeiterstreiks der letzten Jahrzehnte, der Stahlarbeiter in Rheinhausen 1988 oder bei Opel Bochum 2004, kaum ein wichtiger Streik ist losgelöst vom Einfluss der MLPD denkbar. Ihre Betriebsgruppen sind bekannt für eine positive Gewerkschaftsarbeit und Förderung von Ge-

werkschaften als Kampforganisationen.

Die Herrschenden in Europa sind besorgt: Ein Linkstrend ist in vielen Ländern zu spüren – mitten drin die Arbeiterklasse mit Protesten gegen die von der EU verordneten Krisenprogramme. Spanien, Belgien, Frankreich und Italien... In Bosnien zogen Belegschaften mit roten Fahnen durch die Straßen. In Deutschland zeigten die ver.di-Streiks eine kämpferische Stimmung.

Gleichzeitig verschärfen sich Arbeitshetze und Unterdrückung. Allein in Deutschland haben mindestens 50 Großkonzerne umfangreiche Programme

zur Steigerung der Ausbeutung vorgelegt: Lohnabbau, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Ausdehnung der Leiharbeit bis zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.

313.123 Euro Umsatz machte die deutsche Industrie pro Beschäftigtem im letzten Jahr. Das ist ihnen noch lang nicht genug! Um die Arbeiteroffensive zu fördern, ist die Stärkung der MLPD entscheidend.

Die Arbeiteroffensive in der EU muss länderübergreifend koordiniert und revolutioniert werden als Teil des internationalen Klassenkampfes zur Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution.

Die Bochumer Opelaner lassen sich nicht beerdigen. 1.000 forderten bei einer Kundgebung im März „Wir kämpfen um unsere Zukunft!“ und 250 besetzten zeitweise eine Kreuzung. Die kämpferische Betriebsratsliste „Offen-

siv“ konnte bei der Betriebsratswahl ihren Stimmenanteil auf fast 14 Prozent verdreifachen. Die MLPD ist die einzige Partei, die seit Jahren konsequent an der Seite der Belegschaft steht.

MLPD fördert die Arbeiteroffensive

Kleinarbeit ist Trumpf

Die MLPD ist die einzige Partei in Deutschland, die mit Betriebsgruppen in den wichtigsten Groß- und Konzernbetrieben eine systematische Kleinarbeit leistet, um die Organisiertheit der Arbeiter und ihrer Familien zu fördern und Kämpfe auszulösen und zu führen.

Arbeitsplätze schaffen auf Kosten der Profite

Die MLPD fördert und organisiert erfolgreich konzernweite Kämpfe über Ländergrenzen hinweg und den Zusammenschluss der Bergarbeiter, der Automobilarbeiter und...



Die MLPD war seit Mitte der 1990er Jahre Initiatorin einer internationalen Initiative für den 6-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich.

Durch eine 30-Stunden-Woche könnten rechnerisch rund 6,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland geschaffen werden. Eine solche offensive Forderung kann heute nur im Kampf und auf Kosten der Monopolprofite durchgesetzt werden. Sie ist die wichtigste offensive ökonomische Forderung des Industrieproletariats.

Hafenarbeiter – erfahren in der Rebellion gegen die EU

Schon 2006 verhinderten europaweite Streiks und Proteste der Hafenarbeiter die EU-Richtlinie „Port Package II“. Die EU-Kommission wollte damit die Arbeitsbedingungen verschlechtern und Privatisierungen vorantreiben.

lung von 47 Hafenarbeitern in Portugal durchgesetzt.

Seit 2008 treffen sich Hafenarbeiter, Familien und Freunde zu einem selbst organisierten internationalen

Hafenarbeiter-Erfahrungsaustausch. In diesem Jahr findet er zum fünften Mal statt: am 25. und 26. Oktober in Hamburg. Die MLPD ist von Anfang an aktiv dabei.



Ob Seefahrer aus Polen, Ford-Arbeiter aus Belgien oder wie im Bild Hafenarbeiter aus verschiedenen Ländern – über 50.000 Teilnehmer der Demonstration am 4. April in Brüssel (Bild) brachten zum Ausdruck, wie verhasst die Politik der EU inzwischen ist. Hoffnungen auf ein „soziales Europa“ sind häufig noch mit der Illusion verbunden, dies innerhalb des Kapitalismus durchsetzen zu können. Begeistert wurde aber auch der Text der „Internationalen“ immer wieder gesungen.

Rund 400 bis 500 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter bilden heute das internationale Industrieproletariat. Sie arbeiten in den weltweiten Produktionsverbänden der internationalen Monopole. Sie „wachsen mehr und mehr in den internationalen Klassenkampf gegen die internationalen Monopole und das Weltsystem des Imperialismus hinein“, analysiert das Buch „Götterdämmerung über der neuen Weltordnung“.



„Ein nicht kleiner Teil lehnt jede imperialistische Einmischung ab“

Zwei ukrainische Marxisten-Leninisten berichteten der Wochenzeitung „Rote Fahne“ am 8. April:

„Wenn es bei euch so dargestellt wird, dass alle, die gegen Russland sind, für die EU wären, ist das falsch. Ein nicht kleiner Teil der Leute in allen Teilen der Ukraine lehnt Einmischungen von beiden imperialistischen Seiten ab – sowohl von EU/NATO also auch von Russland. Sie wollen, dass die Ukraine nicht geteilt wird, sondern ein einheitliches Land bleibt. Das bedeutet aber nicht, dass sie deswegen für ‚den Westen‘ sind. Bis zum Referendum auf der Krim war es so, dass die Bevölkerung dort fast voll-

ständig für den Anschluss an Russland war – man kann sagen wie benebelt. Aber schon kurz danach haben sie gemerkt, dass sie jetzt in einem anderen Staat gelandet sind. Busfahrer, die seit vier Monaten keinen Lohn erhalten hatten, zogen zum Verwaltungsgebäude. Vertreter der russischen Macht erklärten ihnen, es gelten jetzt die russischen Gesetze auf der Krim. Deshalb sei es nicht erlaubt, dass mehr als fünf Personen zusammenstehen. Sie wurden aufgefordert, wieder an die Arbeit zu gehen.“